



## Kein Stress, bitte!

Beim diesjährigen Workers' Memorial Day geht es um psychische Belastungen. **Seite 5**

Grafik: 123rf/ neyro2008

## Steinmeiers Einsichten

Auswärtiges Amt hat in Sachen »Colonia Dignidad« in Chile versagt. **Seiten 4 und 7**

## Schach und Wahn

»Bauernopfer« erzählt von Bobby Fischers Absturz. **Seite 15**

Foto: StudioCanal

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 28. April 2016

71. Jahrgang/Nr. 99

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de



### STANDPUNKT

## Ein Oxi in neuer Lage

Tom Strohschneider über den nächsten Versuch, die SYRIZA-Regierung zu Fall zu bringen

Gespräche mit Eurogruppe gescheitert. Sondergipfel beantragt. Zeit läuft davon: Das Machtspiel der Gläubiger gegen SYRIZA geht weiter – und wieder gibt es Vorwürfe Richtung Athen. Dabei sind in Wahrheit nicht zuallererst »fehlende Fortschritte« bei der Umsetzung der umstrittenen Auflagen das Problem. Sondern es geht um die Substanz der Krisenpolitik, um das Gebaren der Gläubiger, deren Konflikte untereinander – und um Demokratie. Denn einmal mehr wird hier ein politischer Hebel betätigt, der die linksgeführte Regierung zu Fall bringen könnte.

Wenn SYRIZA-Chef Tsipras jetzt den Notaus-Schalter betätigt, ist das nicht nur richtig, es vermag auch die europäische Krisenpolitik stärker in das Zentrum der Aufmerksamkeit zurückzuholen. Mit den anstehenden Neuwahlen in Spanien besteht ohnehin bester Anlass, den von Berlin orchestrierten Austeritätskurs wieder zum Thema der Kritik zu machen.

Das neuerliche »Oxi« (Nein) aus Athen kommt freilich in einer gänzlich neuen Lage. Erstens, weil mit der »Flüchtlingskrise« ein neuer Faktor auf der EU-Rechnung steht. Und zweitens wegen der europäischen Rechtsverschiebung. SYRIZA wird nun noch weniger auf Unterstützung hoffen dürfen. Zunehmende Anti-EU-Ressentiments, immer stärker werdende Fliehkräfte und die Schwäche der Linken in Ländern wie Deutschland, die maßgeblich für die Kräfteverhältnisse in Europa sind, machen eine Lösung unwahrscheinlicher, die SYRIZA zumindest als Kompromiss mittragen könnte.

### UNTEN LINKS

Die SPD setzt diesmal voll auf Schrödingers Wahlkampf. Nein, mit dem lupenreinen Altkanzler hat das nichts zu tun. Sondern mit der Rente. Und auch wieder nicht. Die Sache ist kompliziert, aber das hat sie mit Sigmar Gabriel gemeinsam: Die SPD will einen Rentenvahlkampf machen, so haben es der Vorsitzende und andere angekündigt – eine Art Wiedergutmachung, denn die Probleme, die behoben werden sollen (Altersarmut), hat man selbst eingerührt. Die SPD will zugleich im Wahlkampf die Rentendebatte nicht weiter anheizen. So hat es Fraktionschef Oppermann erklärt und betont, dass das »die Meinung auch von Sigmar Gabriel und der ganzen SPD« ist. Was nach Widerspruch klingt, ist reinste Wissenschaft: Laut den Regeln der Quantenmechanik kann der SPD-Wahlkampf in einem Zustand sein, in dem das Rententhema gleichzeitig »lebendig« und »tot« ist – so lange, bis die Experimentieranordnung untersucht wird. Bei den Wahlen 2017. Könnte ein ziemlicher Katzenjammer für die SPD werden. **tos**

ISSN 0323-3375



## Ravensbrück im Zeitvergleich

Vor 71 Jahren wurde das faschistische Frauen-Konzentrationslager befreit



Berlin. »Ein Gräuël, das die Welt zu vergessen entschlossen ist« – so nannte einmal der französische Widerstandskämpfer und Literatur-Nobelpreisträger François Mauriac das faschistische Konzentrationslager Ravensbrück. Die nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtete KZ-Gedenkstätte nahe der brandenburgischen Stadt Fürstenberg war in der DDR weithin bekannt, erlangte aber in der internationalen Geschichtsschreibung nie die Beachtung wie etwa die Gedenkstätten in Auschwitz und Buchenwald. Nicht nur die Geschichte, auch die Geschichtsschreibung ist männerdominiert; Ravensbrück war eines der größten Frauen-KZ der Nationalsozialisten, in dem etwa

150 000 Menschen interniert waren und Zehntausende ermordet wurden. Vor 71 Jahren, am 30. April 1945, wurde es von der Roten Armee befreit, nachdem die SS-Wachmannschaften kurz zuvor Tausende Häftlinge auf Todesmärsche getrieben hatten.

Auch viele Einwohner von Fürstenberg taten und tun sich schwer mit dem Erbe der Nazizeit. Viele von ihnen lebten damals in beinahe direkter Nachbarschaft zum KZ, hatten Kontakt mit Zwangsarbeiterinnen. Dennoch hatten sie nicht annähernd eine Vorstellung von dem Grauen, das hinter den Stacheldrahtzäunen herrschte – oder wollten sie nicht haben. Erst nach dem Einmarsch der Roten Armee, schreibt die Histori-

kerin und Publizistin Annette Leo, nahmen die Fürstenberger »das andere, das schreckliche, das schmutzige Lager mit den Leichenbergen und den sterbenden Gestalten« zur Kenntnis.

Das Spannungsfeld zwischen historischer Verantwortung und dem heutigen Alltag ist auch das Thema des Fotografen Fred Hüning. In seinem preisgekrönten Projekt »Ravensbrück/Fürstenberg« setzt er das Gedenken in Ravensbrück ins Verhältnis zur Gleichgültigkeit vieler Einheimischer und Touristen, auch vor dem Hintergrund eines erstarkenden Rechtsextremismus. Mit seiner fotografischen Spurensuche stellt Hüning die Verdrängung des NS-Geschichte in Frage. **nd** **Seiten 2 und 3**

Foto: Fred Hüning

## Athen will nicht mehr mit IWF verhandeln

Griechische Regierung wegen mangelhaften Sozialabbaus unter Druck der Euro-Gläubiger

**Ohne Kürzungen kein Cash: Athens Gläubiger wollen keine guten Worte, sondern schlechte Nachrichten – für Griechenlands Prekarisierte.**

Athen. In der griechischen Finanzkrise stehen die Zeichen wieder auf Sturm: Nach der Absage eines für diesen Donnerstag geplanten Treffens der Euro-Finanzminister forderte der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras am Mittwoch einen Euro-Gipfel, um den Streit um Reform- und Sparauflagen zu schlichten. Doch die EU-Führung will davon vorerst nichts wissen.

Athen und die Partner hatten im Juli 2015 ein drittes Geldpaket von bis zu 86 Milliarden Euro vereinbart, um Griechenland vor Staatsbankrott und Euro-Ausstieg zu bewahren. Die griechische Regierung ist aber mit der Umsetzung von Maßnahmen im Steuer- und Rentenbereich in Verzug, die Voraussetzung für weitere Aus-

zahlungen sind. Beim Treffen der europäischen Finanzminister am vorigen Wochenende sahen sich beide Seiten schon kurz vor dem Ziel und wollten bis diesen Donnerstag die Gespräche abschließen. Als Knackpunkt galten von den Gläubigern verlangte Schritte auf Vorrat, die greifen sollen, falls Athen für 2018 geplante Haushaltsziele verfehlt. Wegen angeblich fehlender Fortschritte sagte Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem das für diesen Donnerstag geplante Treffen der Finanzminister ab.

Der auch im eigenen Land stark unter Druck stehende Linkspolitiker Tsipras versuchte daraufhin, das Thema wieder zur Chefsache zu machen, und plädierte für ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs. EU-Ratspräsident Donald Tusk erteilte der Forderung jedoch vorläufig eine Absage: »Ich bin überzeugt, dass es mehr Arbeit gibt, die von den Finanzministern erledigt werden

muss.« Tusk verlangte einen neuen Termin für die Eurogruppe »in Tagen, nicht Wochen«.

Auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble lehnt ein Gipfeltreffen ab. Wenn die Voraussetzungen erfüllt seien, werde eine Sitzung der Eurogruppe einberufen, sagte er in Berlin.

Die griechische Regierung legt bei den weiteren Verhandlungen keinen Wert auf eine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), sagte Vize-Außenminister Nikos Xydakis gegenüber »neues deutschland«. Während die Bundesregierung und andere Euro-Staaten die Finanzinstitution weiter im Boot haben wollen, sehe Athen darin keine Hilfe. »Sie lagen mit allen ihren Modellen und Vorhersagen für die letzten fünf Jahre daneben«, so Xydakis. Ein Streitpunkt zwischen den Gläubigerinstitutionen und Griechenland ist die Beteiligung des IWF am laufenden Kreditprogramm.

Gefährlich wird es für Athen im Juli, wenn es rund 2,3 Milliarden Euro an die Europäische Zentralbank zurückzahlen muss. Bei davor fälligen Beträgen gilt eine Verschiebung als notfalls machbar. Allerdings besteht auch dort die Gefahr, dass es zu »Nervosität« an den Finanzmärkten kommt. Noch heute gelten in Griechenland Kapitalkontrollen, die 2015 eingeführt werden mussten. **nd/Agenturen** **Interview Seite 8**

Lesen Sie auf Seite 10 **Gesund leben**

Millionen Menschen können nachts nicht richtig schlafen und greifen zur Arznei. Doch das verursacht oft neue Probleme und löst die alten nicht.

## Neuer BND-Chef ist ein Vertrauter von Schäuble

Gründe zur Ablösung von Präsident Gerhard Schindler unklar

Berlin. Der Bundesnachrichtendienst (BND) bekommt zum 1. Juli eine neue Führung: Präsident Gerhard Schindler – seit 2012 in dem Amt – wird vom Verwaltungsjuristen Bruno Kahl abgelöst. Der ist bislang Abteilungsleiter in dem von Wolfgang Schäuble geleiteten Bundesfinanzministerium. Über die Gründe der Ablösung hüllt sich die Regierung in Schweigen. Kanzleramtschef Peter Altmaier verwies auf die »großen Herausforderungen«, vor denen der Dienst stehe.

Nötig seien eine Weiterentwicklung seines Aufgabenprofils, die weitere Ertüchtigung in technischer und personeller Hinsicht sowie notwendige organisatorische und rechtliche Konsequenzen aus den Arbeiten des NSA-Untersuchungsausschusses. Verwiesen wurde auch auf den Umzug großer Teile des BND von Pullach nach Berlin. Die Opposition begrüßte die Ablösung, mahnte aber zugleich grundlegende Reformen an. **hei** **Seite 6**

## Mit 23 Milliarden aus dem Schneider

Kommission will AKW-Konzerne aus der Haftung für Atommüll entlassen

Berlin. Die vier Stromriesen E.on, RWE, Vattenfall und EnBW sollen für die Zwischen- und Endlagerung des von ihnen produzierten Atommülls bis zum Jahr 2022 rund 23,342 Milliarden Euro in einen staatlichen Fonds überweisen. Darauf hat sich die Regierungskommission am Mittwoch mit den Konzernen geeinigt. Die auf den Fonds zu übertragene Summe setzt sich aus den Rückstellungen der Konzerne sowie einem Risikoaufschlag von 6,142 Milliarden Euro zusammen, um Mehrkosten aufzufangen. Das 19-köpfige Gremium hatte geprüft, wie die Kosten für den Atomausstieg gedeckt und eine langfristige Verantwortungsübernahme der Versorger erfüllt werden können. Die Stromkonzerne lehnten den Vorschlag zunächst ab, da ihnen der Risikoaufschlag zu hoch ist.

Greenpeace sprach dennoch von einem »teuren Ablasshandel« zugunsten der Atomindustrie. »Die Bundesregierung darf die Konzerne nicht aus der Haftung für unvorhergesehene Mehrkosten entlassen«, so Experte Thomas Breuer. **nd** **Seiten 4 und 9**

## In Spanien wird neu gewählt

Ringeln um Regierungskoalition nach vier Monaten endgültig gescheitert

Madrid. Spanien steht eine Neuwahl bevor: Nach dem endgültigen Scheitern einer Regierungsbildung hat König Felipe VI. die Auflösung des Parlaments eingeleitet. Der König habe Parlamentspräsident Patxi López Alvarez informiert, dass es keinen Kandidaten für den Posten des Regierungschefs mit dem notwendigen Rückhalt gebe, teilte der Palast am Dienstagabend in einer Erklärung mit. Mit der Neuwahl wird für Ende Juni gerechnet.

López sagte nach seinem Treffen mit dem König, der Wahltermin werde am 3. Mai mitgeteilt – am Vortag endet offiziell die Frist für die Regierungsbildung. Danach muss nach spanischem Gesetz binnen 54 Tagen neu gewählt werden, also bis zum 26. Juni.

Vor der Mitteilung des Königspalastes hatte der Chef der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens, Pedro Sánchez, nach einem Gespräch mit Felipe mitgeteilt, dass ein letzter Anlauf für die Bildung eines Regierungsbündnisses gescheitert sei. Die Hauptschuld für das Scheitern der Regierungsbildung trage die linksgerichtete Partei Podemos, behauptete Sánchez. **AFP/nd** **Seite 7**